

Länger gemeinsam lernen

Kultusminister Klaus Kessler will im Saarland die Grundschulzeit auf fünf Jahre verlängern. Im didacta-Interview spricht er über seine Reformpläne.



didacta: Sie wollen die Grundschule im Saarland auf fünf Jahre verlängern. Warum?

Klaus Kessler: Die Koalition aus CDU, FDP und Grüne hat im Koalitionsvertrag vereinbart, die Grundschulzeit auf fünf Jahre auszudehnen, um längeres gemeinsames Lernen im Saarland zu ermöglichen. In einigen anderen Bundesländern gehen die Forderungen

sogar über das fünfte Schuljahr hinaus. Wir glauben jedoch, dass bereits dieses eine Jahr, in dem die Kinder länger gemeinsam lernen, ihre weitere Bildungslaufbahn positiv beeinflussen und die teils bedenklichen sozialen Unterschiede ausgleichen kann. Denn je länger Kinder gemeinsam lernen, desto weniger greift die soziale Herkunft ein, wenn es nachher darum geht, weiterführende Schulen zu besuchen.

didacta: Wie soll das fünfte Jahr gestaltet werden?

Kessler: Die Koalitionspartner bringen zunächst ihre Zielformulierungen in den Vertrag mit ein. Derzeit wird das fünfte Schuljahr personell und inhaltlich im Ministerium konzipiert und anschließend der Öffentlichkeit vorgestellt, etwa der Lehrereinsatz, die Raumplanung, die Stundentafel oder auch die gymnasialen Elemente für die Lehrpläne der 5. Grundschulklasse.

Die Planungsarbeiten werden im Mai 2010 abgeschlossen sein. Dann beginnt die Diskussionsphase bis zum Herbst. Hier werden auch die Oppositionsparteien mit einbezogen, die wir für die Verfassungsänderung brauchen.

didacta: Werden denn zusätzliche Grundschullehrer benötigt?

Kessler: Wir gehen davon aus, dass wir erheblich mehr Grundschullehrer einstellen müssen. Auf der anderen Seite verzahnen wir aber auch den Lehrereinsatz der weiterführenden Schulen mit dem der Grundschulen. Das bedeutet, es werden auch Gymnasial- und Realschullehrer im fünften Schuljahr zum Einsatz kommen, um in diesem entscheidenden Jahr, das eine Art Gelenkfunktion hat, mit den Grundschullehrern im Team zusammenzuarbeiten.

didacta: Im Saarland sprechen manche schon von G7. Wird das Gymnasium denn um ein Jahr verkürzt?

Kessler: Wir haben damals bei der Umstellung von G9 zu G8 schon heftige Diskussionen geführt. Aber statt über opulente Kampfbegriffe wie G7 zu diskutieren, sollten wir lieber die gesamte Schulzeit eines Kindes ins Auge fassen und die gymnasiale Schulzeit nicht isoliert von der Grundschulzeit betrachten. Dann gibt es kein G7, sondern einen Bildungsgang, der in zwölf, und einen Bildungsgang, der in 13 Jahren zum Abitur führt. Die Verlängerung der Grundschule beinhaltet das sogenannte Zwei-Säulen-Modell, welches wir im Koalitionsvertrag vereinbart haben. Dieses besagt, dass es nach dem fünften Grundschuljahr nur noch zwei gleichwertige Säulen bzw. Schulformen geben wird. Einerseits das Gymnasium, in dem man nach zwölf Jahren das Abitur machen kann, und als zweite Säule die Gemeinschaftsschule, wo man nach 13 Jahren das Abitur erlangt. Die Gemeinschaftsschule ist die Zusammenführung der bisherigen Realschule und der Gesamtschule.

didacta: In Berlin und Brandenburg dauert die Grundschulzeit sechs Jahre, auch in Hamburg wird die Verlängerung derzeit diskutiert, in allen anderen Bundesländern sind es vier Jahre. Die goldene Mitte also für das Saarland?

Kessler: Wir wären als Grüne auch am liebsten auf sechs Grundschuljahre gegangen. Die fünf Jahre sind daher dem Kompromiss der Koalition geschuldet.

didacta: Macht es denn Sinn, bundesweit unterschiedliche Regelungen für die Länge der Grundschulzeit einzuführen?

Kessler: Wünschenswert wäre eine bundesweite Vereinheitlichung vielleicht, aber dagegen spricht der Bildungsföderalismus, die Kulturhoheit der Länder. Allein wenn es um den Begriff des längeren gemeinsamen Lernens in heterogenen Lerngruppen geht, stehen die konservativen Länder sehr stark auf der Bremse. Das erfreut die Eltern natürlich wenig, aber wir müssen mit dieser Tatsache leben. Und wenn Eltern das Bundesland wechseln, ob nach dem vierten, fünften oder sechsten Grundschuljahr, sind sie immer vor die Situation gestellt, eine jeweils individuelle Lösung im neuen Bundesland für ihr Kind finden zu müssen.

didacta: Im Januar dieses Jahres haben Sie den Elternwillen gestärkt, indem Sie die Schullaufbahneempfehlungen der Lehrer lediglich als Entscheidungshilfe für Eltern geregelt haben...

Kessler: Ja, wir hatten in der Koalition vereinbart, dass es wichtig ist, den Elternwillen bei der Wahl der weiterführenden Schulen zu stärken. Die Grundschulempfehlungen haben wir beibehalten, aber die Rechtsverbindlichkeit habe ich abgeschafft. Und nach Auswertung der Anmeldungen, die wir jetzt haben, wissen wir, dass es keinen Ansturm auf das Gymnasium gegeben hat. Die Eltern haben verantwortungsvoll über die Schullaufbahn entschieden.

„Je länger Kinder gemeinsam lernen, desto weniger greift die soziale Herkunft, wenn es darum geht, weiterführende Schulen zu besuchen.“

didacta: Wann kann mit einer endgültigen Entscheidung gerechnet werden?

Kessler: Wenn es nach mir geht, sollte spätestens in diesem Herbst die Entscheidung klar sein, ob wir das fünfte Grundschuljahr einführen können oder nicht. Die Reformen kann ich jedoch nicht so ohne weiteres durchsetzen, auch weil wir im Saarland einen Sonderfall haben, den es in dieser Form in keinem anderen Bundesland gibt: Unsere Schulformen sind in der Verfassung verankert und sind damit auch in einer gewissen Grundständigkeit und Länge definiert. Wir benötigen also eine Verfassungsänderung im saarländischen Landtag mit dem Ziel, die Schulformen entweder ganz aus der Verfassung herauszunehmen oder neu zu definieren.

didacta: Wie schätzen Sie die Chancen ein, dass Ihre Grundschulreform von den Koalitionspartnern im entscheidenden Moment im Herbst akzeptiert wird?

Kessler: Das ist schwierig. Die Opposition möchte sicher eine Gestaltungsteilhabe an der Konzeption des fünften Schuljahres, die wir ihr natürlich auch gewähren. Es ist aber auch klar, dass wir die Gestaltung des fünften Schuljahres nicht bis in alle Einzelheiten in die Entscheidungsfindung mit einbringen können. Die Opposition wird jedoch alle Informationen bekommen, die aus unserer Sicht erforderlich sind, um sachgerecht entscheiden zu können. >

didacta: Sie fordern außerdem den verstärkten Einsatz von Sonderpädagogen an Grundschulen. Ist das die Alternative zu Förderschulen?

Kessler: Wir haben einen erheblichen Anteil an Kindern, bei denen sonderpädagogischer Förderbedarf festgestellt worden ist und entweder eine Überweisung an eine Förderschule erfolgt oder ein Antrag auf Integration in einer Regelschule umgesetzt wird. Das hat sich in der letzten Zeit stark ausgeweitet, insbesondere im Grundschulbereich. Ich bin jedoch der Auffassung, bevor man Kinder in eine spezielle, sonderpädagogische Förderung weiterleitet, sollte von Anfang an präventiv mit zusätzlichem, sonderpädagogisch ausgebildetem Personal in den Grundschulen gearbeitet werden. In vielen Fällen könnte sich so eine Überweisung an eine Förderschule erübrigen.

didacta: Sie waren selbst viele Jahre als Deutsch- und Sportlehrer und in der Schulleitung tätig. Glauben Sie, dass Sie sich dadurch besonders gut in die Lage der Pädagogen hineinversetzen können?

Kessler: Ich möchte anderen Ministern an dieser Stelle nicht zu nahe treten, aber in meinem Job ist es durchaus von Vorteil, wenn ich die Arbeit an der Basis kenne und weiß, wovon ich spreche, wenn ich bestimmte Verordnungen oder Erlasse auf den Weg bringe. ☒